



Grüne Kanton Bern
Les Verts Canton de Berne
Monbijoustrasse 61
Postfach 1066
3000 Bern 23

Tel. 031 311 87 01
Fax 031 311 87 04
sekretariat@gruenebern.ch
www.gruenebern.ch

Medienmitteilung vom 28. Oktober 2013

Nein zur irreführenden Einbürgerungs-Initiative am 24. November

Am 24. November findet die kantonale Abstimmung über die Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern» statt. Gegen die Initiative setzt sich das breit abgestützte Komitee "Nein zur irreführenden Einbürgerungs-Initiative" ein. An einer Medienkonferenz stellte das Komitee heute vor, wieso es am 24. November ein deutliches Nein zur irreführenden Initiative braucht: Die Initiative führt zu Rechtsunsicherheit, bürokratischem Aufwand und Diskriminierungen.

Am 24. November stimmen die Bernerinnen und Berner über die kantonale Einbürgerungs-Initiative der Jungen SVP statt («Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern»). Der Grosse Rat empfiehlt die Einbürgerungs-Initiative mit dem wichtigen Resultat von 109 zu 37 Stimmen zur Ablehnung. Ausserhalb der SVP-Fraktion gab es nicht eine einzige Stimme für die Initiative – innerhalb der SVP-Fraktion jedoch sehr wohl Stimmen dagegen. Gegen die Initiative setzt sich das breit abgestützte Komitee "Nein zur irreführenden Einbürgerungs-Initiative" mit Vertreterinnen und Vertretern nahezu aller Parteien ein.

Die deutliche Ablehnung der Initiative zeigt, dass die heutigen Einbürgerungsbestimmungen grosse Akzeptanz geniessen. Die meisten der in der Einbürgerungs-Initiative der Jungen SVP vorgetragenen Anliegen sind Bestandteil der geltenden Vorschriften und Richtlinien auf Bundes- und kantonaler Ebene. "Die Initiative bringt keinen Mehrwert und ihr Titel ist irreführend, weil schon heute keine Verurteilten eingebürgert werden. Auch die von der Einbürgerungs-Initiative geforderten Kenntnisse der Amtssprache und des Staatsaufbaus sind vollumfänglich erfüllt", führte Blaise Kropf, Präsident der Grünen Kanton Bern, an der heutigen Medienkonferenz des Komitees aus. Mit den beizubringenden Auszügen aus dem Strafregister und dem Betreibungs- und Konkursregister werde sichergestellt, dass weder straffällige noch wirtschaftlich desintegrierte Personen eingebürgert werden. Gleichzeitig ist die Initiative dort, wo sie Neuerungen verspricht, nicht verfassungskonform umsetzbar, wie Heinz Siegenthaler, Präsident der BDP Kanton Bern, ergänzte: "Die Verweigerung einer Einbürgerung wegen eines mehrere Jahre, womöglich gar Jahrzehnte zurückliegenden, unverschuldeten Sozialhilfebezugs ist gemäss der Bundesverfassung nicht zulässig."

Bei einer Annahme der Initiative müsste eine kantonale Datenbank über den Bezug von Sozialhilfe aufgebaut und gepflegt werden. Neben Rechtsunsicherheit führt die Initiative damit auch zu bürokratischem Aufwand. "Die Einbürgerungs-Initiative nährt die Bürokratie – und der Nutzen bliebe aus: Ein früherer Sozialhilfebezug in einem anderen Kanton liesse sich mit einer kantonalen Datenbank nicht nachweisen", erklärte der Präsident der FDP Kanton Bern, Pierre-Yves Grivel. Dass die heutige Einbürgerungspraxis weder qualitativ noch quantitativ ein Problem darstellt, zeigte Roland Näf, Präsident der SP Kanton Bern, auf: "2006 wurden im Kanton Bern 4942 Personen eingebürgert; 2011, fünf Jahre später, nur noch 2037. Die Einbürgerungs-Initiative bewirtschaftet also ein nichtexistierendes Problem".

Die Geschäftsführerin des Abstimmungskomitees, Regula Tschanz, erinnerte an das deutliche Abstimmungs-Ja zu den kantonalen Bürgerrechtsvorlagen im Jahr 2005, welche mit einem 66 bzw. 60 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen wurden. "Die heutige Einbürgerungspraxis ist bei den Bernerinnen und Bernern gut verankert. Wir sind denn auch zuversichtlich, dass eine klare Bevölkerungsmehrheit die unnötige und irreführende Einbürgerungs-Initiative ablehnen wird." Das Komitee präsentiert seine Argumente auf der Website www.abstimmen.be und wird in der Abstimmungskampagne unter anderem mit Flugblattaktionen und Inseraten präsent sein.

Dem Komitee "Nein zur irreführenden Einbürgerungs-Initiative" haben sich Vertreterinnen und Vertreter nahezu aller Parteien angeschlossen. Die Parteien SP, BDP, FDP, Grüne, EVP, grünliberale, CVP sowie die Jungen Grünen und die JUSO werden sich für ein deutliches Nein zur Einbürgerungs-Initiative am 24. November einsetzen.